

Antrag

**der Abgeordneten Melanie Nerlich, Eva Botzenhart, Leon Dewan Alam,
Miriam Block, Rosa Domm, Simone Dornia, Dominik Lorenzen,
Lisa Maria Otte (GRÜNE) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Hansjörg Schmidt, Alexander Mohrenberg,
Philine Sturzenbecher, Cem Berk, Jessica Hennig, Clarissa Herbst,
Dirk Kienscherf, Martina Koeppen, Jan Koltze, Gulfam Malik, Sören Platten,
Arne Platzbecker, Marc Schemmel, Annika Urbanski (SPD) und Fraktion**

zu Drs. 23/3714

Betr.: Rechenzentren in Hamburg – Kapazitäten und Entwicklung voranbringen

Rechenzentren haben bereits eine zentrale Bedeutung für unsere Wirtschaft und Forschung und gewinnen durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz weiter an Relevanz. Der Ausbau von Rechenzentren ist eine Säule der digitalen Souveränität. Gleichzeitig erzeugen sie erhebliche Anforderungen an Stromversorgung, Netzausbau und Flächenverfügbarkeit. So wird die Gesamtleistung aller Rechenzentren in Deutschland laut Prognosen bis 2030 auf über 5 Gigawatt ansteigen. Der Ausbau von Rechenzentren sollte daher konsequent mit den Klimaschutzzielel ver zahnt und als Bestandteil einer nachhaltigen Energieentwicklung verstanden werden. Ein intelligenter Ausbau der Stromnetze und der erneuerbaren Energien bildet dabei eine zentrale Grundlage für die nachhaltige Weiterentwicklung von Rechenzentren. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Herausforderungen im Bereich der Stromnetzkapazitäten und des Stromnetzausbaus. Der Ausbau zusätzlicher Rechenzentrumskapazitäten muss im Rahmen der vorhandenen Netzanschlussmöglichkeiten sowie unter Berücksichtigung energiewirtschaftlicher und systemdienlicher Anforderungen erfolgen.

Gleichzeitig könnten Rechenzentren Chancen und Möglichkeiten der Abwärmeeutzung bieten. Dies sollte insbesondere als möglicher Baustein in der klimaneutralen Fern- und Nahwärmeeversorgung Hamburg geprüft werden – standortbezogen und integriert in die kommunale Wärmeplanung. Deshalb sollte auch die Möglichkeit einer Hamburger Rechenzentrums-Strategie im Zusammenspiel mit der Metropolregion Hamburg geprüft werden. Diese wäre in die nationale Rechenzentrumsstrategie des Bundes sinnvoll einzubetten. Diese und weitere Aspekte könnten ganzheitlich in einer integrierten Hamburger Rechenzentrums-Gesamtstrategie adressiert werden, um so komplexe technische, planerische und wirtschaftliche Fragestellungen zusammenzuführen und in konsistente Leitlinien und Handlungsempfehlungen zu überführen.

Eine zentrale Grundlage für eine vorausschauende Steuerung bildet die Erfassung der bereits bestehenden Rechenzentrumsstandorte in Hamburg und der umliegenden Metropolregion. Eine solche Bestandsaufnahme schafft Transparenz über aktuelle Kapazitäten, Energiebedarfe und Entwicklungsperspektiven und ermöglicht es, vorhandene Standorte gezielt weiterzuentwickeln und effizient in die städtische Infrastruktur einzubinden. Gleichzeitig bietet sie die Chance, Synergien mit bestehenden Inno-

vations-, Wirtschafts- und Forschungsclustern besser zu nutzen und die Standortentwicklung strategisch auszurichten. Insbesondere bei der Neu-Ansiedlung von größeren Rechenzentrumsvorhaben, die das Wachstum der Rechenzentrums-Branche in den nächsten Jahren wesentlich treiben werden, erscheint es sinnvoll, einen entsprechend weiteren strategischen Ansatz zu wählen, welcher die erweiterte Metropolregion miteinschließt.

Durch eine fundierte Kenntnis der bestehenden Strukturen lassen sich Investitionen zielgerichteter lenken, vorhandene Infrastrukturen effizienter ausbauen und die Voraussetzungen dafür schaffen, Hamburg und die Metropolregion als leistungsfähigen, nachhaltigen und souveränen Rechenzentrumsstandort im nationalen und europäischen Kontext zu positionieren. Die Hamburg Invest Wirtschaftsförderungs GmbH berät bereits jetzt schon sehr spezialisiert auch Unternehmen mit energieintensiven Infrastrukturen – dazu gehören auch Betreiber von Rechenzentren.

Hamburg kann Vorreiterin für eine klimaneutrale und souveräne Digitalisierung sein. Dafür braucht es klare Leitplanken und sinnvolle Rahmenbedingungen. Diese können mit einer Rechenzentrums-Gesamtstrategie geschaffen werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zu prüfen, an welchen Standorten in Hamburg Rechenzentren unter Berücksichtigung bestehender und erwartbarer Netzkapazitätsbedarfe der Bevölkerung und der Wirtschaft netzseitig anschlussfähig, energiewirtschaftlich vertretbar und systemdienlich integrierbar sind, um auf dieser Basis Hamburg als wettbewerbsfähigen Rechenzentrumsstandort und Datenknotenpunkt Norddeutschlands weiterzuentwickeln. Dabei sollen auch die Rechenzentren sowie deren Kapazitäten in der Metropolregion Hamburg mitberücksichtigt werden. Für die Entwicklung eines strategischen Ansatzes sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:
 - a. konkurrierende Flächen- und Infrastrukturansprüche zu ordnen und geeignete Standorte für unternehmensunabhängige Rechenzentren zu qualifizieren,
 - b. unter Beteiligung der Hamburger Energienetze die Auswirkungen auf Stromnetz, Anschlusskapazitäten und Ausbauprioritäten als zentrale Grundlage zu prüfen,
 - c. Energie- und Flächenbedarfe gemeinsam mit der erforderlichen Netzinfrastruktur zu betrachten und hierbei einen besonderen Fokus auf die Vermeidung der Rodung von Waldflächen und der Neuversiegelung von Grünflächen zu legen,
 - d. Möglichkeiten der Abwärmenutzung insbesondere für die Fern- und Nahwärmeversorgung ergänzend und standortbezogen zu prüfen und hierbei die kommunale Wärmeplanung angemessen einzubeziehen,
 - e. gemeinsam mit Akteuren der erweiterten Metropolregion Potenziale und Synergien bei der Ansiedlung von Rechenzentrumskapazitäten zu erörtern,
2. die bestehenden Rechenzentrumsstandorte Hamburgs, mit Blick auf die umliegende Metropolregion, im Rahmen einer systematischen Bestandsaufnahme zu erfassen, im Austausch mit der Hamburger Wirtschaft absehbare zukünftige Bedarfe zu ermitteln und hierbei insbesondere Energiebedarf, Anschlussleistung und Entwicklungsperspektiven in enger Abstimmung mit den Hamburger Energienetzen zu bewerten und dabei insbesondere netzbezogene Parameter wie aktuelle und geplante Anschlusskapazitäten, Netzausbau und Netzlasten einzubeziehen,
3. der Bürgerschaft bis zum 30.06.2027 zu berichten.